

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

24.07.2023

Inhalt

EWN

1 LNG-Projekt: Vorzeitiger Baubeginn <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 22.07.2023</i>	3
2 LNG-Gegner gegen grünes Licht zum Baustart <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 24.07.2023</i>	4
3 Binz wirft Terminal-Betreiber unsaubere Finanzierung vor <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 22.07.2023</i>	5
4 Schatten über Rügen <i>Süddeutsche Zeitung, 22.07.2023</i>	6
5 Ist MVs Wirtschaft noch zu retten? <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 22.07.2023</i>	8
6 Bundesamts-Chef: Standort für Atommüllendlager bis 2046 <i>FOCUS online, 23.07.2023</i>	9
7 Mindestens acht deutsche Kernkraftwerke könnten gerettet werden <i>Cicero Online, 21.07.2023</i>	11

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 22.07.2023 | S. 1

📄 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

👤 Martina Rathke

FLÜSSIGGAS-TERMINAL IN MUKRAN

LNG-Projekt: Vorzeitiger Baubeginn

Für das erste Teilprojekt für das LNG-Terminal in Mukran starten in Kürze die Arbeiten. Das Bergamt Stralsund genehmigte bauvorbereitende Arbeiten für die Pipeline.

Die ersten Genehmigungen für das LNG-Projekt in Mukran sind da. Das Bergamt Stralsund genehmigte zwei Teilprojekte: die Bergung einer Tunnelbohrmaschine aus dem bereits unter RWE-Regie begonnenen Pipeline-Tunnel im Greifswalder Bodden und den vorzeitigen Baubeginn für die Aushebung einer Baugrube im Hafen Mukran. Die Zulassung dieser Maßnahmen habe keine vorwegnehmende Wirkung für die

Entscheidung im Genehmigungsverfahren, teilte das Wirtschaftsministerium gestern mit. Die Tunnelbohrmaschine, die etwa zwei bis drei Meter unter der Sole des Greifswalder Boddens steckt, soll für den Einsatz in Mukran vorbereitet werden, so Gascade-Manager Ludger Hümbts. Für den eigentlichen Pipelinebau startet am kommenden Dienstag die Auslegung der Antragsunterlagen.

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 24.07.2023 | S. 13

📄 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

👤 Iris Leithold

LNG-Gegner gegen grünes Licht zum Baustart

Die Bürgerinitiative „Lebenswertes Rügen“ gegen das geplante LNG-Terminal im Hafen von Mukran hat die Landesregierung aufgefordert, die Genehmigung des Bergamtes Stralsund für bauvorbereitende Arbeiten zurücknehmen zu lassen. Es sei nicht nachvollziehbar, Maßnahmen zu genehmigen, ohne zuvor mögliche Beeinträchtigungen auf das sensible Ökosystem Ostsee und auf die Küstenlandschaften zu prüfen, sagte Thomas Kunstmann von der Bürgerinitiative am Samstag.

Der Bau des Terminals ist noch nicht genehmigt und auf Rügen hochumstritten. Kritiker befürchten negative Auswirkungen auf Natur und Tourismus.

„Die Genehmigung des LNG-Vorhabens soll bereits in einem beschleunigten Verfahren erfolgen“, kritisierte Kunstmann. Die nun erfolgte Genehmigung für Vorarbeiten kurz vor Beginn der öffentlichen Auslegung von Plänen für eine LNG-Anbindungsleitung am Dienstag sei „mehr als empörend“. Dieser Teil der Pipeline

soll vom Hafen Mukran 24 Kilometer bis auf die Ostsee zu einem Knotenpunkt führen. Das Vorgehen sei ein Schlag ins Gesicht der Menschen, denen immer versprochen worden sei, dass vor einer Gesamtprüfung und Genehmigung nicht gebaut werde, so Kunstmann.

Nach Angaben des Wirtschafts- und des Umweltministeriums in Schwerin vom Freitag dürfen die ersten Vorbereitungen für das geplante Flüssigerdgas-Terminal im Hafen Mukran auf Rügen starten. Die sogenannten bauvorbereitenden Maßnahmen in Mukran umfassen demnach die Herstellung der Startbaugrube und Vorbereitungen für einen Mini-Tunnel. Am Zielpunkt der Leitung in Lubmin darf eine Tunnelbohrmaschine vom Meeresboden gehoben werden.

Den Angaben zufolge sind alle Bauarbeiten reversibel. „Die Zulassung dieser Maßnahmen hat keine vorwegnehmende Wirkung für die Entscheidung im Verwaltungsverfahren über diesen Abschnitt“, hieß es.

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 22.07.2023 | S. 13

📄 Auflage: 9.467 | Reichweite: 31.339

👤 Martina Rathke

FÜSSIGAS-TERMINAL IN MUKRAN

Binz wirft Terminal-Betreiber unsaubere Finanzierung vor

Eine Briefkasten-Firma, Kapital aus einem Fund von den Cayman-Inseln: Das Ostseebad will mit allen Mitteln den Bau des LNG-Terminals auf Rügen verhindern und erhebt schwere Vorwürfe gegen die Deutsche Regas

Briefkasten-Firmen und Finanzierungsgeschäfte auf den Cayman-Inseln? Im Streit um den Bau eines LNG-Terminals auf der Insel Rügen kommt es zu einem offenen Zoff zwischen dem künftigen Terminal-Betreiber Deutsche Regas und der Gemeinde Binz. Die Gemeinde, die den Terminalbau im benachbarten Mukran mit allen Mitteln verhindern möchte, erhebt schwere Vorwürfe. Sie vermutet bei der Deutschen Regas einen intransparenten Finanzierungshintergrund. Es gebe Hinweise, dass der Geschäftsführer und Investorenvertreter Ingo Wagner Kapital von einem Fund auf den Cayman-Inseln auf ihm gehörende Gesellschaften in Deutschland transferiert haben soll, so der Anwalt der Gemeinde, Reiner Geulen.

Vorwurf: Der Kapitaltransfer von der Cayman Islands-Gesellschaft Cirsio sei offenbar über die Grundwerte Verwaltungs GmbH erfolgt, die Wagner gegründet haben soll, um sie über seine Stammfirma, die WCP Deutschland GmbH, in die Deutsche Regas zu integrieren. Dabei sollen keine Geldbeträge, sondern Finanzkörperschaften transferiert worden sein.

Fragen werfe auch der Firmensitz im baden-württembergischen Bruchsal auf. Am Gebäude der im Handelsregister benannten Adresse seien lediglich ein verschmutzter Briefkasten mit der Aufschrift „WCP Deutschland GmbH“ sowie Aufkleber mit Namen von diversen weiteren Unternehmen zu finden. Offenbar gebe es dort keine Geschäftstätigkeit.

Heiße Luft, reagiert die Deutsche Regas, die seit Januar das LNG-Terminal in Lubmin betreibt. „Die Behauptungen über die Deutsche Regas sind haltlos und konstruiert“, weist das Unternehmen am Freitag die Anschuldigungen zurück. Sie verfolgten einzig das Ziel, den Terminal-Bau und damit Investitionen in die dringend benötigte Energieinfrastruktur zu verhindern. „Es wurden zwischen Cirsio, Grundwerte und WCP keine Geldbeträge oder sogenannte Finanzkör-

perschaften auf die Deutschen Regas transferiert“, so ein Unternehmenssprecher. Sämtliche Detailinformationen über die Finanzierung der Deutschen Regas seien den zuständigen Behörden im Rahmen der Genehmigungsverfahren mitgeteilt worden.

Die Gemeinde Binz, die nur etwa fünf Kilometer entfernte Touristenhochburg auf Rügen, hat bereits juristische Schritte angekündigt, sollte der Bau von den Behörden genehmigt werden. Hoteliers und Einwohner fürchten um den Tourismus. Die Gemeinde hält die Deutsche Regas für unerfahren in Energiegeschäften und wegen des Finanzierungshintergrundes für zu unseriös, um kritische Infrastruktur wie ein LNG-Terminal zu betreiben. Die Zuverlässigkeit des Betreibers einer Störfallanlage von internationaler Bedeutung sei zwingend gesetzliche Genehmigungsvoraussetzung, so Geulen. Die Gemeinde habe die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Financial Intelligence Unit) und weitere Behörden informiert - für „notwendige Prüfungen“, wie es vom Anwalt der Gemeinde heißt.

Die Deutsche Regas finanziert sich eigenen Angaben zufolge über den Verkauf von Aktienanteilen an interessierte Investoren. „Mit jedem Kauf von Anteilen ist vom Investor auch ein Aufgeld (Agio) an die Gesellschaft zu zahlen“. Von diesen Aufgeldern würden sich die bisherigen Investitionen von rund 100 Millionen Euro in das LNG-Terminal Lubmin finanzieren, hieß es vom Unternehmen.

Das Vorgehen der Gemeinde hält die Deutsche Regas für „äußerst besorgniserregend“. Binz habe bislang jeglichen Dialog über das Projekt blockiert und beschreite nun „vollends den Weg der Desinformation.“ Den verschmutzten Firmenbriefkasten im baden-württembergischen Bruchsal erklärt die Deutsche Regas mit einer Kernsanierung an dem Gebäude, die im Oktober abgeschlossen sein soll.

Schatten über Rügen

Die Deutsche Regas soll zwei große LNG-Projekte vor der Insel stemmen. Woher hat das junge Unternehmen das nötige Kapital?

Berlin – Die weißen Strände sind dicht bevölkert in diesen heißen Julitagen. Wenn es nach Karsten Schneider geht, soll der Blick auf das Meer niemals getrübt werden durch riesige Gastanker, die in Sichtweite der Strände und der Seebrücke den Hafen Mukran und dort zwei Flüssigerdgas-Terminals ansteuern. Karsten Schneider, parteiloser Bürgermeister des Ostseebads Binz auf Rügen, ist in dieser Geschichte der David. Die Bundesregierung und ein Unternehmen mit Finanzkraft in dreistelliger Millionenhöhe der Goliath. Und genau bei der Finanzkraft sieht Schneider so viele Fragezeichen, dass er nun einen Konflikt eskalieren lässt – um die zwei gewaltigen, schwimmenden Gasterminals zu verhindern. Er befürchtet sonst schwere Auswirkungen auf Umwelt und Tourismus.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat die geplanten LNG-Terminals vor Rügen als essenziell für die Versorgungssicherheit im Winter eingestuft. Er hat die Betreiber selbst unter die Lupe genommen, sich mehrmals mit ihnen getroffen, das Projekt zur Chefsache gemacht. Er hängt da nun auch mit drin. Doch nun erhebt die Stadt Binz den Vorwurf einer zweifelhaften Finanzierung durch das Unternehmen Deutsche Regas, das erst 2022 gegründet worden ist. In Stralsund ist wegen des Verdachts der „gewerbsmäßigen Geldwäsche“ Strafanzeige gegen den Regas-Geschäftsführer gestellt worden. Ferner hat der von der Stadt Binz beauftragte Anwalt Reiner Geulen die Financial Intelligence Unit (FIU) des Zolls gebeten, die Betreiber der Deutschen Regas zu durchleuchten.

Es geht um einen Fonds auf den Cayman Islands, um mögliche Spuren zu russischen Oligarchen, um Briefkästen. Fast sieben Wochen lang haben Fachleute recherchiert. Geulen ist kein Unbekannter, er kämpfte schon erfolgreich gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Mülheim-Kärlich. Die Deutsche Regas weist all die Vorwürfe vehement zurück, aber das Ganze entwickelt sich zunehmend zu einer unappetitlichen Auseinandersetzung. Hinter der Regas stehen ein Steuerberater, Stephan Knabe, und ein Immobilien-

makler, der früher große Investmentfonds gemanagt hat, Ingo Wagner.

Beide leben in Potsdam und kamen bei einem Restaurantbesuch in Berlin auf die Idee, als Nobodys in das Geschäft einzusteigen. Der russische Überfall auf die Ukraine erhöhte den Druck auf die Bundesregierung, schnell Lösungen für den nächsten Winter zu finden. Am 15. September 2022 kommt Scholz – offiziell in seiner Funktion als Wahlkreisabgeordneter – bei Knabe und Wagner auf einen Kaffee vorbei. Er will schauen, ob sie „echt“ sind, wie er sagt. Danach nimmt das erste LNG-Projekt der beiden Unternehmer Fahrt auf, in Lubmin. Zur Eröffnung ihres ersten LNG-Terminals im Januar kommt Scholz und preist den Einsatz der beiden als neues „Deutschlandtempo“.

Im Hafen Mukran auf Rügen sind die Bedingungen günstiger, und dort wäre mehr Gasumschlag möglich. Zunächst soll RWE ein LNG-Terminal dort betreiben, am Ende bekommt die Deutsche Regas den Zuschlag. Sie will das andere Terminal-Schiff, mit dem flüssiges Gas wieder regasifiziert und in Pipelines an Land eingespeist wird, von Lubmin hierhin verlegen.

Im Industriehafen Mukran, neun Kilometer vom Ostseebad Binz entfernt, soll dann mit dem Regasifizierungsschiff *Transgas Power* und der bisher noch in Lubmin liegenden *Neptune* eine Gesamtkapazität von 13,5 Milliarden Kubikmetern Erdgas pro Jahr bereitgestellt werden, um Engpässe in Folge des Lieferstopps aus Russland zu vermeiden. Der Staat kümmert sich darum, dass die nötigen Leitungen schnell gebaut werden: 50 Kilometer Pipeline durch die Ostsee nach Lubmin, wo am Anladungspunkt der früheren Nord-Stream-Leitungen die Einspeisung in das landseitige Netz erfolgt. Die Ostsee-Anbindungsleitung (OAL) soll mit Röhren gebaut werden, die mal für eine Erweiterung von Nord Stream 2 gedacht waren. Tausende dieser Röhren liegen derzeit am Hafen von Mukran. Da bei dem bisher für das Lubmin-Projekt investierten Kapital von 100 Millionen Euro schon die Herkunft völlig unklar sei, hat Geulen nach Informationen der *Süd-*

deutschen Zeitung die für Geldwäsche und fragwürdige Finanztransaktionen zuständige FIU eingeschaltet.

Bürgermeister Schneider selbst will dazu erst einmal schweigen. Aber zuvor schon hat ein von der Stadt in Auftrag gegebenes Gutachten Zweifel gesät, ob die notwendige Pipeline-Anbindung – über Dutzende Kilometer von Mukran auf Rügen quer durch den Greifswalder Bodden nach Lubmin auf dem Festland – überhaupt umweltrechtlich rechtens und sicher ist.

Die Kanzlei um Geulen bereitet bereits eine Klage am Bundesverwaltungsgericht vor. Dabei hat sie auch die hinter der Deutschen Regas stehenden Unternehmen und Geldquellen durchleuchtet. Gemanagt wird die Regas über Wagners Unternehmen Wagner Capital Partners (WCP), an dessen Firmensitz im baden-württembergischen Bruchsal aber nur ein „verschmutzter Briefkasten“ auf die Firma hinweist. Die Regas betont, Wagner hätte dort Büros, es fänden Bau-tätigkeiten statt.

Insbesondere wird in der Anzeige bei der FIU und bei der Staatsanwaltschaft Stralsund die Klärung eines möglichen Zusammenhangs mit Geldquellen auf den Cayman Islands gefordert. „Da Kapitaltransfers von den Cayman Islands nach Deutschland besonderen Aufklärungs- und Meldepflichten für die Herkunft des Fondskapitals unterliegen und die Cayman Islands in der EU als ‚Risikoland‘ deklariert sind, ist nach unserer Auffassung notwendige Transparenz zu schaffen“, heißt es in einer Mitteilung von Geulen.

Man habe bei Prüfungen festgestellt, dass nach vorläufigen Erkenntnissen keine Geldbeträge von den Cayman Islands, „sondern vielmehr Finanzkörperschaften“ transferiert worden sein sollen – so ließen sich Geldströme eher verschleiern. „Generell ist bei Transferierung von Kapital über mehrere Körperschaften die Höhe der Geldbeträge als auch die Identität der Finanziers schwer ermittelbar und intransparent.“ Transparente Finanzquellen seien aber eine zentrale Voraussetzung „für die Genehmigung von Störfallanlagen mit internationaler Bedeutung“, argumentiert die Kanzlei. Um so eine handelt es sich bei Regasifizierungs-Terminals.

Allerdings sind Geschäfte in dem britischen Überseegebiet zwischen Kuba und Jamaika nicht verboten, Unternehmen und Anleger schätzen die Steuervorteile dort. Die Deutsche Regas betonte auf SZ-Nachfrage, ob bei den Ursprungsquellen des Geldes ein Bezug zu den Cayman Islands auszuschließen, sei: „Ja, dies ist ausgeschlossen.“ Nur in eine – neben der WCP – hinter der Regas stehende Komplementär-Gesellschaft, die Grundwerte Verwaltungs-GmbH, sei aus einem auf den Cayman Islands gegründeten Fonds namens Cir-

sio die Stammkapitaleinlage geflossen. Allerdings will das Unternehmen auch nicht lückenlos darlegen, woher das bisherige Kapital von rund 100 Millionen im Detail stammt. Ein Teil kommt von Investoren, sogenannten Family Offices, unter anderem in den USA, zudem ist der Infrastrukturinvestor Macquarie beteiligt – das lässt sich auch überprüfen. Man halte sich an alle üblichen Standards und gebe wie jedes andere privatwirtschaftliche Unternehmen keine Auskunft zu Firmeninterna oder private Informationen zu Gesellschaftern weiter, betont man.

Als die Deutsche Regas Wind von den Vorhaltungen aus Binz bekommt, betont man in einer Mitteilung, dass man alle Vorwürfe zu einer angeblich intransparenten Finanzierung entschieden zurückweise. „Die Deutsche ReGas ist ein mittelständisches Unternehmen, das von Ingo Wagner und Stephan Knabe gegründet wurde, um in einer energiewirtschaftlichen Notsituation zu helfen, um Deutschland und vor allem die östlichen Bundesländer mit dem notwendigen Erdgas zu versorgen.“

Das Unternehmen sei vollständig durch Eigenkapital finanziert und erhalte keine staatlichen Mittel. Alle Investoren und die Herkunft der Gelder seien neben den Prüfungen der Regas auch von dritter Seite durch die kontoführenden Banken einer Geldwäsche- und KYC-Prüfung („know your customer“) unterzogen worden. Es sei „äußerst besorgniserregend, dass die Gemeinde Binz und ihre Vertreter, die bisher jeden Dialog mit der Deutschen Regas blockiert hätten, „nunmehr vollends den Weg der Desinformation beschreiten und vor öffentlicher Diskreditierung nicht mehr zurückschrecken“.

Insgesamt will die Regas mit dem neuen Mukran-Projekt sogar 200 Millionen Euro investieren. Der Bundestag hat mit einer Änderung des LNG-Gesetzes vor der Sommerpause im Eilverfahren den Weg hierfür frei gemacht. Das Regas-Projekt Lubmin ist das bisher einzige rein privatwirtschaftlich betriebene Terminal. Die Terminals in Wilhelmshaven und Brunsbüttel befinden sich in Staatshand. Der Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, Sascha Müller-Kraenner, fordert ebenfalls eine Durchleuchtung durch die FIU. Zudem gebe es viele umweltrechtliche Bedenken, das Projekt werde für die Versorgungssicherheit gar nicht gebraucht. „Da muss man doch genau nachschauen, ob es sich hier um vertrauenswürdige Geschäftsleute handelt und wo das Geld herkommt“, sagte er der SZ. „Da reicht ein Kaffeetrinken mit dem Bundeskanzler nicht aus.“

Gegner des Vorhabens sprechen von Geldwäsche, auch die Deutsche Umwelthilfe fordert eine Durchleuchtung

Ist MVs Wirtschaft noch zu retten?

Energiepreise, Bürokratie, Fachkräftemangel: Der Wirtschaftsrat der CDU schlägt Alarm und sorgt sich um den Standort MV. Die Landesregierung hält dagegen.

Schwerin/Neubrandenburg. Zwischen der rot-roten Landesregierung und dem Wirtschaftsrat der CDU in Mecklenburg-Vorpommern ist es zum Streit um die Attraktivität des Nordostens für Unternehmen gekommen. Anlass ist die Einschätzung des Wirtschaftsrates, wonach es erste Anzeichen für eine Deindustrialisierung im Land gebe. Grund sei eine massive Zurückhaltung bei Investitionen sowie viel zu hohe Energiepreise, erklärte der Landesvorsitzende des Wirtschaftsrates, Andreas Mau, gestern in Schwerin. „Die Landesregierung um Manuela Schwesig ist gefordert, die Deindustrialisierung zu stoppen“, erklärte er.

Als Beispiele nannte der CDU-Wirtschaftsrat den Stopp der Rotorblattproduktion des Windkraftanlagenherstellers Nordex in Rostock und die Insolvenz des Traditionsunternehmens Boizenburger Fliesenwerke. Auch die Pleite der MV-Werften trage stark zur Unsicherheit bei. Bei vielen Firmen in den Landkreisen machten sich neben Energiepreisen auch der Mangel an Fachleuten und Arbeitskräften sowie die wachsenden Bürokratielasten negativ bemerkbar. Dazu kämen Probleme beim Ausbau der Verkehrswege, wie bei der B96 zwischen Neubrandenburg und Berlin.

Wirtschaftsstaatssekretär Jochen Schulte (SPD) stellte sich gegen die Einschätzung des Wirtschaftsrates. „Das Investitionsklima in Mecklenburg-Vorpommern ist weiterhin gut“, erklärte er und verwies auf eine Reihe von Neuansiedlungen in jüngster Zeit, darunter die Neuansiedlungen und die Erweiterungen bestehender Betriebe wie beispielsweise TopRegal und Birkenstock in Pasewalk, AKKU SYS Akkumulator- und Batterietechnik Nord in Süderholz oder AutoLink in Rostock.

Schulte schätzte ein, dass die Industrie in MV vor großen Herausforderungen stehe. Dazu gehörten die Umstellung zu einer klimafreundlicheren Produktion, die Inflation, steigende Energiepreise, der Fachkräftemangel, Lieferkettenprobleme oder die Unsicherheiten durch den Ukrainekrieg. Die Landesregierung unterstütze die Unternehmen unter anderem mit Technologieförderung, Ausbau der Infrastruktur sowie bei der Fachkräftesicherung.

Das verarbeitende Gewerbe bietet in MV derzeit rund 67 000 sozialversicherungspflichtige Stellen. Vor zwei Jahren lag deren Zahl noch um rund 3000 Arbeitsplätze höher.



📄 FOCUS online | 23.07.2023 | S. online

👤 dpa

🔗 WEBLINK

ATOMMÜLL

Bundesamts-Chef: Standort für Atommüllendlager bis 2046

Nach dem Abschalten der deutschen Atommeiler sind die Probleme und Gefahren der Kernenergie noch lange nicht gebannt. Dies zeigt die schleppende Endlagersuche. Erste Rufe nach mehr Tempo werden laut.

Die Suche nach einem Endlager für den hochradioaktiven Atommüll muss nach Ansicht des Präsidenten des Bundesamts für die Sicherheit nuklearer Entsorgung (BASE), Wolfram König, bis 2046 abgeschlossen sein. «2046, also der Zeitpunkt, der von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) als schnellster Zeitpunkt angenommen wird, müssen wir jetzt als Benchmark nehmen. Das ist das, wonach wir alles prüfen müssen in dem Verfahren», sagte König der Deutschen Presse-Agentur in München. Weitere Verzögerungen müssten vermieden werden.

«Die Sicherheit hat Vorrang, bei radioaktiven Abfällen ist die Sicherheit aber nicht losgelöst von der Zeit. Wird das Thema zu weit vertagt, dann wird die Zeit selbst zu einem Sicherheitsfaktor», betonte er. Deshalb sei es wichtig, einen realistischen, aber zugleich ehrgeizigen Zeitplan zu haben.

König verwies darauf, dass schon 2046 eine Verzögerung von 15 Jahren zur ursprünglichen Zeitplanung bedeute. «Ich halte es nicht für vertretbar, dass wir einfach hinnehmen, dass es bis weit in diesem Jahrhundert dauern soll, bis wir überhaupt einen Standort haben, der dann natürlich noch realisiert werden muss», betonte er. Im Anschluss müsse noch für Planung, Bau und Genehmigung mit 20 Jahren gerechnet werden und die Einlagerung für 30 bis 40 Jahre betrieben werden.

Im vergangenen November war bekannt geworden, dass der angepeilte Termin, bis 2031 einen Standort festzulegen, nicht zu halten sei. Die BGE rechnet stattdessen im besten Fall mit dem Jahr 2046, ein anderes Szenario sieht gar einen Zeitkorridor bis 2068 vor.

Die BGE müsse nun schauen, wo Beschleunigungs-

potenziale im Verfahren möglich seien, sagte König. Es sei notwendig, sich in der Debatte «ehrlich zu machen». Er glaube, dass es Steuerungsmöglichkeiten gebe, gegebenenfalls müsse «grundsätzlich nachjustiert» werden. Er sehe hier die BGE, seine Behörde und das Bundesumweltministerium in Pflicht, «sich hinzusetzen und zu analysieren, was hat gut funktioniert, was nicht so gut und wo muss man gegebenenfalls auch noch mal an die bisherigen Maßstäbe rangehen».

Die komplizierte Suche nach einem Endlager zeige, so König, dass Deutschland mit der Atomkraft einen Weg gegangen sei, ohne dass alle Konsequenzen bis zum Ende gedacht worden seien. «Und wir sind dafür da, dass das nicht in Vergessenheit gerät und dass es da vorangeht.» Letztlich sei der Atomausstieg erst vollendet, wenn die radioaktiven Abfälle sicher unter der Erde verschlossen lägen und sich keine zukünftigen Generationen mehr damit beschäftigen müssten.

Nach dem Atomausstieg komme zumindest kein neuer Atommüll hinzu. «Aber was geblieben ist und was bleibt, ist: Wie können wir die Sicherheit gewährleisten auf eine unendliche Zeit, dass diese hochgiftigen, hochgefährlichen Stoffe nicht in die Umwelt kommen.» Nun gelte es, fernab der früheren Kampfzonen, nach wissenschaftlichen Maßstäben den bestmöglichen Standort in Deutschland zu finden.

Suche nach einem Endlager

Letztlich sei eine sich endlos hinziehende Endlagersuche auch eine Sicherheitsfrage. Die Castorbehälter, in denen derzeit in den Zwischenlagern der Atommüll lagere, hätten keine endlose Genehmigung. Und jeder der Castoren enthalte ein radioaktives Inventar, das vergleichbar mit dem sei, was bei der Reaktorkatastro-

phe von Tschernobyl freigesetzt wurde.

«Auch bei einer längeren Zwischenlagerung müssen die aktuellen Sicherheitsstandards gelten, damit Mensch und Umwelt zuverlässig vor den Gefahren der radioaktiven Hinterlassenschaften geschützt werden», so König. Daher müsse rechtzeitig überprüft werden, ob und welche Wechselwirkungen es auf Abfälle und Behälter bei einer deutlich längeren Zwischenlagerung gebe. Gleichzeitig müsse die Zeit bis zu einer Endlagerung möglichst gering gehalten werden. Auch wirtschaftlich sei es wichtig, das Verfahren zu beschleunigen, da sonst viel Geld aus dem Endla-

gerfonds in die Zwischenlager abfließe.

Für die Zukunft erhoffe er sich, dass die Standort-suche ohne die für Deutschland typische Verlierer-Diskussion stattfinde, sagte König. «In anderen Ländern läuft das anders. Da bewirbt man sich sogar für diesen Standort.» Vielleicht ergebe sich hierzulande eine Chance durch den Generationswechsel: «Ich glaube, jüngere Leute, neue Leute werden vielleicht auch nüchterner rangehen, gerade vor dem Hintergrund, dass wir nicht mehr mit dieser Metadiskussion pro und contra Atomenergie durch die Gegend rennen.»

📖 Cicero Online | 21.07.2023 | S. 16:11

🔗 WEBLINK

Mindestens acht deutsche Kernkraftwerke könnten gerettet werden

International renommierte Kerntechnikexperten haben sich detailliert mit der Atomkraft in Deutschland beschäftigt. Ihr Ergebnis: Für eine Reaktivierung der stillgelegten Reaktoren ist es noch nicht zu spät. Größte Hürde ist der politische Wille.

Auch wenn die Ampelkoalition das Thema gerne vom Tisch hätte: Der deutsche Atomausstieg beschäftigt nach wie vor die (Fach-)Öffentlichkeit. Und das vor allem außerhalb Deutschlands. Denn in Europa kann kaum jemand nachvollziehen, weshalb die Bundesregierung trotz Energiekrise und ehrgeizigen Klimaschutzzielen am einst beschlossenen Ende der Kernkraft festhält und stattdessen lieber alte Kohlekraftwerke reaktiviert.

Das britische Beratungsunternehmen Radiant Energy Group, gegründet und geführt von dem promovierten Kerntechniker Mark Nelson, hat sich die Lage genau angesehen. Nelson sprach unter dem Siegel der Vertraulichkeit mit Vorstandsmitgliedern und leitenden Mitarbeitern von Betreibergesellschaften und Kerntechnikunternehmen in Deutschland. Er wollte herausfinden, welche technischen, rechtlichen und politischen Hürden es gibt, um die stillgelegten Atomkraftwerke wieder ans Netz zu nehmen.

AKW-Betreiber äußerten sich anonym

„Die Beteiligten machten, unter der Bedingung der Wahrung ihrer Anonymität, detaillierte Angaben zu den Herausforderungen beim Wiederanfahren der angesprochenen Kernkraftwerke“, schreiben Nelson und sein Co-Autor in ihrer frisch veröffentlichten Studie. Ihr Ergebnis ist überraschend und entlarvt die in der innerdeutschen Debatte dominierenden Verhinderungsargumente als vorgeschoben: „Die Rücknahme des deutschen Atomausstiegs wird von der Öffentlichkeit unterstützt, lohnt sich wirtschaftlich und ist technisch machbar.“

Im günstigsten Fall würden nur neun Monate benötigt, um viele der Reaktoren wieder anzufahren. „In unserem realistisch machbaren Best-Case-Szenario könnten sechs Reaktoren innerhalb von neun bis zwölf Monaten und zwei weitere Reaktoren innerhalb von zwei

bis drei Jahren wieder in Betrieb genommen werden“, so die Experten.

Ihre Studie ist auf der Internetseite der Radiant Energy Group in Englisch veröffentlicht, eine deutsche Übersetzung gibt es als PDF zum Herunterladen.

Sogar mehr als acht Reaktoren könnten gerettet werden

Insgesamt gebe es in Deutschland mindestens acht Kernreaktoren, bei denen mit dem Rückbau entscheidender Komponenten im Reaktorgebäude noch nicht begonnen wurde. Diese Reaktoren hätten das größte Potenzial für eine Wiederinbetriebnahme, heißt es in der Studie. „Zusammen besitzen diese Reaktoren eine elektrische Nettoleistung von insgesamt 10,7 Gigawatt, das entspricht circa 30 Prozent des deutschen Mindest- beziehungsweise Grundlaststrombedarfs von 35 Gigawatt.“

Bei weiteren Reaktoren, deren Rückbau weiter fortgeschritten ist, sei eine Wiederinbetriebnahme zwar schwieriger. Die Autoren empfehlen dennoch „dringend, die weitere Zerstörung auch dieser Anlagen zu stoppen“. Denn sie blieben „gute Kandidaten für eine zukünftige Instandsetzung, sollten sich die politischen Verhältnisse in Deutschland ändern.“

In hervorragendem technischen Zustand

Die international tätigen Kerntechnikexperten loben den hervorragenden Zustand der stillgelegten deutschen Kernkraftwerke, die jünger als andere Reaktoren seien, deren Laufzeit derzeit weltweit verlängert wird. Und sie betonen: „Deutschland betrieb einst eine der größten Kernkraftwerksflotten der Welt. Das Land war auch weltweit ein führender Anbieter von Reaktoren und nuklearen Dienstleistungen.“

Bei der Lektüre der nüchtern geschriebenen Bestandsaufnahme wird klar: Das größte Hindernis einer Wiederinbetriebnahme der deutschen Kernkraftwerke ist der fehlende politische Wille. Es sind vor allem die Grünen, die sich bewegen müssten. Nach dem Vorbild ihrer Parteifreunde in Finnland, die Kernkraft aus Klimaschutzgründen befürworten.

Rückbaustopp bis zur nächsten Bundestagswahl

Doch bis auf wenige Ausnahmen - wie etwa der Grünen-„Vordenker“ Ralf Fücks, der durch den Ukrainekrieg zum Umdenken gebracht wurde und nun den deutschen Atomausstieg als nationalen Alleingang kritisiert - schafft es die angebliche Klimaschutzpartei nicht, sich von ihrer Anti-Atom-Vergangenheit zu lösen. Wichtig wäre daher nun ein AKW-Rückbaustopp, den der Bundestag auch ohne Grünen-Stimmen beschließen kann, damit bis zur nächsten Bundestagswahl gerettet werden kann, was noch zu retten ist.